

Kerwe- und Fastnachtsumzüge: Absolute Sicherheit statt Lebensfreude?

Seit über 100 Jahren gehören Kerwe-Umzüge zur Tradition. Nach einer Corona-Pause 2020 und einer Mini-version 2021 konnte der Kerweumzug 2022 wieder in gewohnter Form durch Mörfelden ziehen. Aber jetzt droht Gefahr aus einer anderen Richtung: Nach der Amokfahrt in Volkmarsen am 24. Februar 2020, bei der 122 Menschen verletzt wurden, überbieten sich die Behörden in der Erfindung immer schärferer Sicherheitsauflagen. „Bürger- und Ordnungsdezernent“ Bernd Körner (CDU) machte sich in Mörfelden-Walldorf zum Vorkämpfer von völlig überzogenen Sicherheitsforderungen des Ordnungsamtes, die im Fall des MöWathlon sogar die Vorgaben des Regierungspräsidiums zu übertreffen suchten. Die Kosten der

Erfüllung dieser Auflagen (z.B. Sperrung von Seitenstraßen durch LKW) sind von den Veranstaltern kaum noch zu tragen. Das gilt für alle Vereine der Stadt.

Ein Witz: Die Verantwortlichen glänzen durch Abwesenheit

Die Stadtverordnetenversammlung am 18. und 19. Juli 2023 mußte sich mit dem Problem befassen. Die DKP/LL hatte den Dringlichkeitsantrag gestellt, die Vereinskommision noch vor der „Sommerpause“ erneut einzuberufen, um sich grundlegend mit der Zukunft von Festumzügen und Großveranstaltungen örtlicher Vereine zu befassen. Grund: Die Sitzung der Vereinskommision am 26. 6. war schlichtweg ein Witz – die Verantwo-

lichen waren nicht erschienen, nichts wurde geklärt (siehe Kasten). Dieser Dringlichkeitsantrag wurde auf Mehrheitsbeschluss nicht behandelt.

Alle wollen auf den Zug aufspringen

Stattdessen hatte die SPD einen Antrag „Kerweumzug 2023 retten“ eingebracht, der sich ausschließlich mit dem Mörfelder Kerweumzug befaßte und wenig zur grundlegenden Problemlösung für alle Vereine und Veranstaltungen beitrug.

Hier überboten sich nun alle Fraktionen, voran die Freien Wähler, auf den Wagen aufzuspringen. Selbst Körners CDU bemühte sich, als „Retter der Kerb“ dazustehen. Das Ergebnis war ein gemeinsamer Antrag aller Oppositionsparteien, dem auch die DKP/LL beigetreten war. Dieser fand, nach-

Fortsetzung auf Seite 2

Zwei freundliche Menschen, die uns helfen, Probleme zu lösen, die wir ohne sie nicht hätten:



Thomas Winkler
Bürgermeister



Bernd Körner
Bürger- und Ordnungsdezernent

Die Sitzung der Vereinskommision muss wiederholt werden

In der Begründung unseres Antrages heißt es u.a.: „Der einladende Bürgermeister hatte sich kurzfristig entschuldigt. Der Erste Stadtrat und Stellvertretende Bürgermeister waren nicht anwesend. Ebenso wenig der Bürger- und Ordnungsdezernent, der im Urlaub weilte. Warum der Amtsleiter oder der Abteilungsleiter des Ordnungsamtes nicht da waren, oder ob sie überhaupt zu dieser Kommissionssitzung eingeladen wurden, konnte niemand beantworten. Der Amtsleiter des Sport- und Kulturamtes erklärte, dass sein Amt nicht in diesen Prozess eingebunden ist. Mit großer Verzögerung nahmen die Vereinsvertreter:innen zur Kenntnis, dass es in dieser Angelegenheit keine Vorstellungen, Ideen oder Überlegungen von Seiten der Stadt gibt. Auch die Fragen der rechtlichen Grundlagen für ein Sicherheitskonzept blieben unbeantwortet. Ohne Ergebnis mussten die Kommissionsmitglieder den Nachhauseweg antreten.“

Fortsetzung von Seite 1

dem er auf Betreiben der Koalition nochmals „verbessert“ wurde (worauf die DKP/LL ihre Unterschrift zurückzog), eine Mehrheit.

Sternstunde oder Sonnenfinsternis?

Der „Freitagsanzeiger“ feierte diesen Umstand mit der Schlagzeile „Sternstunde des Parlaments bringt Rettung“ (*Überschrift der Titelseite des Freitagsanzeigers vom 21. Juli 2023*). Von „Sternstunde“ kann aber kaum die Rede sein, eher von einer politischen Sonnenfinsternis. Denn: Das Kernproblem der überzogenen Sicherheitsauflagen ist nicht gelöst. Bernd Körner beeilte sich sogar klarzustellen, dass er nicht im Traum daran denkt, auch nur einen Millimeter von seinen Vorstellungen und Bedingungen abzuweichen.

Körner droht weitere Verschärfungen an

Im Gegenteil: Im Freitagsanzeiger vom 21. Juli 2023 hatte er sogar weitere

Verschärfungen angedroht: „Präventive Maßnahmen gegen Terror und Gewalt könnten noch zunehmen, auch bei Indoorveranstaltungen“.

Gleiches hatte er schon in der Stadtverordnetenversammlung vorgebracht.* Warum der Dezernent von einem solchen „Sicherheitsfimmel“ besessen ist, erklärt ein Blick ins Internet: Herr Körner ist Geschäftsführer eines Unternehmens, das „Bevölkerungsschutz in Städten und Gemeinden Notfall-, Krisen- und Katastrophenschutz“ anbietet.

Ein Blick ins Internet

Auf der Internetseite des Unternehmens wirbt er mit der Aussage: „Ganz gleich ob Coaching, Schulungen, Projektleitung oder Umsetzung von Lösungen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz sowie in der Zivilen Verteidigung bieten wir für Ihre Kommune eine zugeschnittene Leistung aus einer Hand.“ (<https://kat-is.de/>, aufgerufen am 05. August 2023). Für

uns entsteht damit der Eindruck, dass hier private Geschäftsinteressen mit der Ausübung eines öffentlichen Amtes verquickt werden.

100% Sicherheit kann es gar nicht geben

Denn klar ist doch: Er kann sein „Produkt“ ja nicht bundesweit verkaufen, wenn es ihm noch nicht mal in der „eigenen“ Heimatstadt gelingt, höchste Sicherheitsauflagen durchzusetzen. Aber auf seiner Homepage gibt er selbst zu: „Es gibt keine 100%ige Sicherheit. Dies erfahren wir aktuell täglich.“ (*Quelle: <https://kat-is.de/>, aufgerufen am 5. August 2023*). Abgesehen von der Unmöglichkeit totaler Sicherheit befindet sich Herr Körner auch juristisch im Irrtum. Die Empfehlungen der Polizei, auf die er sich bei seinen Auflagen immer beruft, sind eben nur Empfehlungen und keine Vorschriften. **moerfelden-walldorf.de/de/rathaus/politik/politische-gremien/aufzeichnung/ Körner-Rede beginnt bei 1:40.*



Ganz so wie auf dieser satirischen Fotomontage wird das Gebäude nicht aussehen. Aber die Höhe stimmt. Am 14. September um 10:00 Uhr ist der „erste Spatenstich“. Wir werden dem Spektakel auf jeden Fall kritisch beiwohnen.

ALDI-Erweiterung Die blitzenden neuen Spaten und die Hof-Fotografen stehen bereit

Für den 14. September hat ALDI die Honoratioren von Mörfelden-Walldorf zum „ersten Spatenstich“ für das neue Hochregallager in Mörfelden eingeladen, das mit Zustimmung der Grünen im Mörfelder Gewerbegebiet Ost entstehen soll. Im „blickpunkt“ Nr. 598 10/2020 schrieben wir dazu unter anderem: „Den „guten Nachbarn“ Fraport kennen wir seit langem. Er hat uns quadratkilometerweise Wald vernichtet, für Lärm und Luftverschmutzung gesorgt, und es konnte in letzter Minute verhindert werden, dass er uns auch noch seinen Sondermüll vor

die Haustüre schüttet. Brauchen wir noch so einen „guten Nachbarn“? Wie aus Kreisen der Rathaus-Koalition verlautet, steht man schon seit geraumer Zeit in Verhandlungen mit dem Billigmarkt-Riesen ALDI. Der möchte mehrere Standorte schließen, Arbeitsplatzabbau betreiben, und seine regionalen „Logistikkapazitäten“ an einem Ort konzentrieren. Dieser Ort soll - wenn man alle seine Wünsche erfüllt - das Gewerbegebiet Mörfelden-Ost sein. Dort soll, zusätzlich zum bestehenden ALDI-Lager, ein weiträumiger Komplex entstehen, dessen Herzstück ein 30 Me-

ter hohes vollautomatisches Regallager bildet. Alle 2 Minuten ein Lkw – das wird ein Spaß. Und es wird sicher nur der geringste Teil von ihnen auf leisen Sohlen elektrisch an der Autobahn-Oberleitung hierherkommen. Eine „Jobmaschine“ ist ALDI auch nicht wirklich. Das vollautomatische Regallager braucht kaum Arbeitskräfte. Man spricht zwar von zusätzlichen Arbeitsplätzen am Standort Mörfelden-Walldorf, aber denen stehen Arbeitsplätze gegenüber, die an anderen Standorten wegfallen. Was der neue gute Nachbar für ein Verhältnis zu Gesetzen hat und wie er mit seinen Mitarbeitern umgeht, kann man in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung und auf der homepage der Gewerkschaft ver.di nachlesen. *(siehe Kasten auf Seite 3)*

Unser Kommentar: Das Grüne Dilemma

Sie reißen die Erde auf. Sie graben das Grab ihrer Kinder. Der Milliardär Albrecht pfeift, winkt mit Millionen, die Kommunalpolitiker knicksen artig und lassen die Bagger tanzen. Der Protest der Kommunisten hat nicht geholfen. Der Schnellbahn entlang der Autobahn wird viel Wald weichen. Zwischen Aldis Kühlhaus und dem Holiday-Inn, wo noch niemand je Ferien gemacht hat, hätte neuer Wald entstehen können.

Holzen, was das Zeug hält

Der wäre dringend nötig. Überall wird geholt: Sehring winkt mit Scheinchen; wenn's um Kies geht, kennen sie kein Klima und keinen Anstand. Wald ab! heißt die Parole. Wenn Fraport ein Handzeichen gibt, stehen die grüne Regierungspräsidentin, der grüne Wirtschaftsminister in Wiesbaden, die grüne Koalition in Frankfurt und all die anderen Kopfnicker in den bürgerlichen Parteien stramm. Für's Terminal III und dessen Zufahrten holzen sie was das Zeug hält. Die örtlichen Grünen runzeln die Stirn, machen aber zuhause das Gleiche. Der Beschluss, die Haardt unter einem Aldi-Gebirge zu begraben, wurde zwar unter der vorigen Koalition der freien radikalen Klimakiller gefasst, aber die oppositionellen Grünen haben auch dafür gestimmt. Jetzt muß sich der grüne Bürgermeister um die Umsetzung des Frevels kümmern. Er setzt schon mal

als Ausgleich drei Bäumchen auf die Parkstreifen, damit die Aldi-Festung nicht von überall so unangenehm aufträgt.

Die Erfolgsgeschichte der Grünen – ein Umweg

Nun mal im Ernst: Die Grünen waren ein vierzigjähriger Umweg – vierzig Jahre Hoffnung auf ökologische Vernunft. Damals, vor vierzig Jahren, schlugen die Wellen der Erkenntnis über diesen Staat hoch bei uns. Der Wille der Bürger war mit Tränengas, Knüppeln und Polizeistiefeln getreten worden. 400 Hektar Wald wurden abgeholt, damit der mobile Klimakiller Nr. 1, der Flugverkehr, frei entfaltet werden konnte. Die Grünen wurden gegründet, in Mörfelden-Walldorf eine grüne Bürgerliste ins Parlament gewählt und die Kommunisten gewannen viele Stimmen hinzu. Ein früherer FDP-Stadtverordneter, der in den Siebzigerjahren in jeder Rede die „drei demokratischen Parteien in diesem Hause“ lobte, um die Kommunisten zu diffamieren, war nun von seinen „demokratischen Parteien“ nicht mehr so fest überzeugt und wurde Sprecher der Grünen Bürgerliste. Die folgenden vierzig Jahre waren eine nachhaltige Erfolgsgeschichte der grünen Partei. Die anderen Parteien waren gezwungen, sich einen grünen Anstrich zu verpassen, in den Regalen der Supermärkte wimmelt es von „Öko-“

Streit um Betriebsrat bei Aldi Süd

„Aldi-Mitarbeiter wollen einen Betriebsrat gründen und sprechen von einem „Klima der Einschüchterung“. Das Unternehmen weist die Vorwürfe zurück. Über 6000 Filialen weltweit. Fast 150.000 Mitarbeiter. Aldi Süd ist ein Gigant. Wer gegen diesen Giganten in den Ring steigt, begibt sich auf gefährliches Terrain.“

Beitrag von Jan Jessen vom 17. April 2019 bei der WAZ online

und „Bio“-Produkten. Aber leider beschränkt sich der Erfolg auf die Berufspolitiker der Grünen, die Diäten und Pensionen abgreifen konnten, während der Raubbau an der Natur ungebremst weiter geht. Die Grünen sind dort angekommen, wo das Kapital sie haben wollte. Jene, die einst gestartet sind, die Welt zu verändern, ohne die reale Macht der Konzerne, Banken und Supermilliardäre anzutasten, sind jetzt, nach der CSU, die eifrigsten Verteidiger des Wachstumskapitalismus. Sie sind den Weg alles Parlamentarischen gegangen: korrumpiert durch Posten und mediale Aufmerksamkeit, haben sie gelernt, wessen Interessen man/frau in bürgerlichen Parlamenten gefälligst zu vertreten hat: die der Reichsten.

Noch kann das Schlimmste verhindert werden

Vierzig Jahre Hoffnung im Eimer, die Welt steht am Abgrund. Vierzig Jahre – so viel Zeit haben wir nicht noch einmal. Das auf Wachstum angewiesene kapitalistische System ist nicht zu reformieren. Liebe Grüne, die Ihr nicht auf Karriere aus seid, sondern das Verhängnis auf Natur und Menschheit zukommen seht, laßt alle Hoffnung fahren, macht den Scheiß nicht mehr mit, geht auf die Straßen, noch können wir das Schlimmste verhindern! Wenn wir das Profitsystem nicht bald beseitigen, rennen wir ins Verderben. Dieser Appell geht auch an alle Anderen!

-kon



Ruin der Natur Nr.? In der Haardt: Planierung für Aldi und Fraport. Die „Haardt“, das war dort, wo noch heute freie Sicht von der B486 auf den Taunus ist. Dort gab es früher guten Spargel.

Societätsdruckerei schließt 2024

Ein Paukenschlag für Mörfelden-Walldorf

Die Frankfurter Societätsdruckerei schließt Ende nächsten Jahres. Ein Großbetrieb, ein Gewerbesteuer-Zahler fällt aus. Was in den 90er-Jahren als großer Erfolg gefeiert wurde - ein Produktionsbetrieb in unserem Gewerbegebiet - ist dann Geschichte. Ein Insider berichtet: Die Frankfurter Societätsdruckerei (Besitzer: die Fazit-Stiftung) war nach ihrem Neubau in Mörfelden die größte Druckerei in Süddeutschland. In den 80er Jahren umfasste die Belegschaft ca. 2500 Beschäftigte. Gedruckt wurden im Laufe der Jahre die Frankfurter Allgemeine, die Neue Presse, die Bildzeitung, Publik (kath. Wochenzeitung), Abendpost/Nachtausgabe, Kicker, Frankfurter

sinken, Zeitungsumfänge schrumpfen, Papier- und Energiepreise sind gestiegen. Zur strukturellen Krise kam die Covid-19-Pandemie, die Werbeeinnahmen brachen ein. Zudem ist es schwieriger geworden, gute Leute zu finden, die nachts bei Wind und Wetter Zeitungen zustellen. Für zwölf Euro Mindestlohn gibt es leichtere Jobs. Zeitungshäuser behandeln die gedruckte Zeitung wie lästige Anhängsel. So gehen sie auch mit den Abonnenten um. Zeitungsformate werden brachial verändert - so wie es gerade passt. Ein Beispiel: Weil die Ippen-Gruppe (die heutigen Besitzer der Societät) die Frankfurter Societätsdruckerei in Mörfelden loswerden will,

loses Angebot machen könnten - im Lokalen - dünnen sie Redaktionen aus und stellen die Berichterstattung ein. Revolutionen haben im Druckgewerbe stattgefunden. Zuerst in der Technik. In den 70er Jahren stellten die Zeitungen vom Bleisatz auf Fotosatz um. Die Zahl der Maschinensetzer und Handsetzer halbierte sich, der Rest wurde umgeschult. Jetzt regiert der Computer, die Rationalisierung lässt sich in Prozenten gar nicht ausdrücken. Viele Berufe fielen einfach weg. Wer weiß heute noch, was ein Metteur, ein Schriftgießer, ein Hoch-, Tief- oder Flachdrucker war? Die Korrektoren wurden ersatzlos gestrichen. Heute sind im Mörfelder Druckhaus noch 255 Leute beschäftigt. Ganze Abteilungen wurden outgesourct; Fremdfirmen übernahmen die Verpackung, die Auslieferung. Und die meisten Betriebe sind nicht mehr tarifgebunden. Die 35-Stunden-Woche - in den 80er Jahren hart erkämpft - ist heute passé. Und die Revolution dauert an, erfasst die Redaktionen. Heute schreibt ein einziger Redakteur über ganz Afrika. Und die anderen Zeitungen schreiben ab. Ausdünnung der Redaktionen, Abschied von der Regionalberichterstattung. Abnahme der Anzeigenaufträge. Manche Zeitungen erscheinen nicht mehr in Papierform, nur noch digital. Fehlende Anzeigenaufträge machen Zeitungen unrentabel. Was ist die Lösung? Die Gewerkschaft verdi: „Zur Rettung von (gedruckten) Zeitungen gibt es keine Alternative. Sie gehören zur Demokratie wie Wahlen und Abgeordnete“. Ein Blick in die USA kommt zu dem Ergebnis: Nachrichtenwüsten, also Gegenden ohne unabhängigen Journalismus, die Wahlbeteiligung sinkt und die lokale Steuer steigt, weil die Kontrolle durch die vierte Gewalt (Medien) fehlt, Entscheidungen werden ohne öffentliches Mitwirken entschieden. Wer sorgt für die verfassungsmäßig garantierte Meinungsfreiheit? Für die Finanzierung muss die öffentliche Hand einspringen (ähnlich wie beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen). Und das natürlich ohne staatliche Einmischung. Überflüssig ist dann nur der Verleger.



Die Societätsdruckerei im Gewerbegebiet Ost (Mörfelden), gesehen vom Müllberg (offiziell: „Oberwaldberg“). Hier gehen demnächst 255 Arbeitsplätze verloren und wohl auch Gerbesteuererinnahmen in beträchtlicher Höhe

Rundschau etc. Die Wochenendausgabe der FAZ hatte oft 150 Seiten, gedruckt wurde rund um die Uhr. Man sagte damals: Eine Zeitung drucken ist wie die Genehmigung zum Gelddrucken. Jedes der „Leitmedien“ hatte eigene Auslandskorrespondenten. Die heutigen Probleme sind bekannt: Auflagen

schiebt sie Maschinen und Druckaufträge zwischen den Druckereien hin und her. Hier wird eine Maschine ab- und dort wieder aufgebaut, die eine Tageszeitung wird vom Nordischen aufs Berliner Format verkleinert und die andere vergrößert. Aktualität spielt keine Rolle mehr. Weil die Zeitungen in entlegenen Fremddruckereien hergestellt werden, was längere Vertriebswege nach sich zieht, wird der Andruck vorgezogen. Statt Redaktionen auszubauen und Lesern mehr Hintergrundgeschichten zu bieten, beziehen mehr Zeitungshäuser Nachrichten von Zentralredaktionen größerer Verlagsgruppen. Die Folge: Weniger Vielfalt in der Berichterstattung: Und selbst dort, wo Regionalzeitungen ihren Lesern ein konkurrenz-

Wir haben in den letzten Monaten viele Spenden erhalten.

DANKE!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG**

IBAN DE37 5085 2553 0009 0034 19

Aus einer Erklärung der Friedensbewegung: Eskalationsspirale stoppen

Seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine setzen die USA und die verbündeten NATO-Staaten auf eine Ausweitung und Verschärfung des Krieges, statt auf seine Beendigung. Ganz vorne dabei die Regierung unseres Landes: Sie liefert von den europäischen Staaten die meisten Waffen. Sie lässt durch ihre Außenministerin verkünden: mit Russland kann man nicht verhandeln. (...)

Der Bundespräsident sagt unwidersprochen, dass er den USA nicht in den Arm fallen kann, wenn diese Streumunition an die Ukraine liefern, deren Ächtung mit gültiger Unterschrift einst von Deutschland unterzeichnet wurde. All diese Provokationen erhöhen das Risiko einer atomaren russischen Reaktion. (...) Der Krieg in der Ukraine trägt die große Gefahr in sich, zu einem Weltkrieg zu werden, und daran trägt Deutschland eine große Mitschuld. Nun zündelt es auch noch an der Ostgrenze der NATO und will 4000 bundesdeutsche Soldaten auf Dauer in

Litauen stationieren. Besonnenheit und De-Eskalation gehen anders! Diesem aggressiven deutschen Verhalten liegt ein gigantisches Aufrüstungsprogramm zugrunde, das den von der Regierung formulierten Führungsanspruch in Europa militärisch untermauert. Sie verdoppelt ihren Militärhaushalt innerhalb weniger Jahre. Das bedeutet: sie ist bereit, in naher Zukunft jeden 5. Euro des Bundeshaushalts für die Bundeswehr auszugeben. Dabei bleiben viele dringend notwendigen sozialen Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Kinder, Kultur und Klimaschutz auf der Strecke und die Menschen in unserem Land werden weiter in die Armut getrieben. (...) Wir vergessen auch nicht die zahlreichen anderen Konfliktherde und Kriege dieser Welt, etwa im Jemen, in Syrien, im Nahen Osten oder Afrika, in denen sinnlos Menschen sterben, Natur und Gesellschaften dauerhaft zerstört werden, das soziale Elend und der Hunger sich weiter ausbreiten und Tausende fliehen müssen. Wir sagen

NEIN zu allen Kriegen, weltweit! (...) Wir verlangen von unserer Regierung: Die Einlösung des Wahlversprechens, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, somit auch nicht in die Ukraine! Diplomatie statt verbaler Aufrüstung und Kriegsgeschrei und die Gewährleistung der Meinungsfreiheit! Den Stopp der militärischen Aufrüstung! Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für die Bundeswehr und kein Sondervermögen für militärische Zwecke, sondern ausreichend Gelder für humane. Die Beendigung der Stationierung von US-Atombomben auf deutschem Boden und keine nukleare Teilhabe! Ein Ende der ruinösen Sanktionspolitik! Aufnahme und gleiche Rechte für alle Geflüchteten, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, egal woher sie kommen! Eine Friedens- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, verlangt ein neues Denken. Statt weiter in blutige Kriege zu investieren, müssen diplomatische Wege gegangen werden, die anknüpfend an den Zwei-plus-vier-Vertrag die Sicherheitsinteressen aller achten. (...)

Für das Erreichen dieser Ziele brauchen wir eine starke und aktive Friedensbewegung bei uns und die Internationale Zusammenarbeit aller Friedenskräfte!

KUNDGEBUNG GEGEN DEN KRIEG

Wir fordern:

- Die Einlösung des Wahlversprechens, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, somit auch nicht in die Ukraine!
- Den Stopp der militärischen Aufrüstung! Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für die Bundeswehr und kein Sondervermögen für militärische Zwecke, sondern ausreichend Gelder für humane Zwecke.
- Die Beendigung der Stationierung von US-Atombomben auf deutschem Boden und keine nukleare Teilhabe!
- Ein Ende der ruinösen Sanktionspolitik!

Wo: Torre Pellice Platz, Bahnhof Walldorf

Wann: 1. September 19:00 Uhr

SDAJ **DKP**

„Die Waffen nieder!“

Bertha v. Suttner

Veranstaltung zum Antikriegstag in Mörfelden

Donnerstag, 31. August 2023
19.30 Uhr, Kulturbahnhof (KuBa)

Referent: Gerd Bauz,
Martin-Niemöller-Stiftung

TERMIN VORMERKEN!



Keine Betten für Kinder

„Wir haben die Ökonomie zu weit getrieben“, erklärte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bei der Vorstellung seiner geplanten Krankenhausreform. Die Zahlen geben ihm Recht: Der Bestand von Kliniken und Krankenhäusern in Deutschland ist von etwa 2.400 im Jahr 1991 auf aktuell 1.887 gesunken. Die kommerziellen Betreiber haben dabei ihren Anteil von 21,7 Prozent im Jahr 2000 auf rund 38 Prozent der Häuser im Jahr 2020 ausgebaut.

Helios, Asklepios und Sana sind die größten kommerziellen Betreiber von Gesundheitseinrichtungen. Und der „Markt Krankenhäuser“ ist für das Kapital vielversprechend. Der private Klinikbetreiber Sana setzte im Jahr 2021

insgesamt rund 3,01 Milliarden Euro um und erwirtschaftete insgesamt rund 67 Millionen Euro Gewinn. Helios/Fresenius konnten sich im gleichen Jahr 728 Millionen Euro Profit sichern.

Quelle dieser Gewinne ist unter anderem das Finanzierungssystem über die Fallpauschalen. Damit sollten die Krankenhäuser typische Kosten für einen bestimmten Eingriff von den Krankenkassen erstattet bekommen, auch die Pflege nach einer Operation. Das hat dazu geführt, dass die mittlerweile von Ökonomen geführten Kliniken möglichst viele gut honorierte Fälle akquirieren und dabei die Kosten senken – viele Beschäftigte sprechen mittlerweile von „blutigen Entlassungen“ von Patienten nach einer Opera-



tion, weil die Häuser an einer eigentlich notwendigen Nachversorgung nichts mehr verdienen.

Besonders dramatisch zeigt sich die Situation in der Kinder- und Jugendmedizin. Hier überwiegen Not- und Akutfälle, eben keine planbaren Eingriffe wie Knie-, Rücken- oder andere Operationen wie bei Erwachsenen. Als Ergebnis dieser falschen Finanzierungspolitik ist die Zahl der Betten in der Kinder- und Jugendmedizin zwischen 1991 und 2020 um rund 43 Prozent gesunken mit dem Ergebnis, dass für die Behandlung von Kindern zeitweise keine Betten zur Verfügung stehen.

Gekürzt aus: UZ, Zeitung der DKP

GEGEN DEN WEITEREN AUSBAU DES FLUGHAFENS

Klimawandel - und wieder ein „voller Himmel“

Die Lufthansa plant jetzt wieder mehr innerdeutsche Verbindungen. Klimapolitisch geht das in die falsche Richtung. Die Emissionen im Flugverkehr stiegen 2022 stark.

Im Luftverkehr lagen die Emissionen 2022 bei 7,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent und damit deutlich über denen von 2021 (4,6 Millionen Tonnen), Berücksichtigt sind aber nur Inlandsflüge. 2022 zusammen rund 1,3 Milliarden Tonnen CO₂.

Die Bürgerinitiativen erklären:

Luftverkehr ist mit Abstand die umweltschädlichste Art der Fortbewegung und trägt neben dem Fluglärm in besonderer Weise massiv zur weltweiten Belastung der Atmosphäre durch CO₂, Stickoxide, Feinstaub und andere Schadstoffe bei. Inlandsflüge sind

laut Umweltbundesamt im Schnitt siebenmal klimaschädlicher als wenn die Strecke mit dem Zug zurückgelegt werden würde.

Kurzstreckenflüge sind die überflüssigsten und am einfachsten zu ersetzenden Flüge. Für die meisten Flüge im Inland und ins nahe Ausland gibt es Alternativen der Bahn, die genauso schnell, billiger und bequemer sind. Kurzstreckenflüge dürfen nicht mehr genehmigungsfähig sein.

Viele Firmen und Verwaltungen gestatten ihren Mitarbeiter*innen keine Flüge unter 600 km. Das ist vernünftig, aber es genügt nicht. Die Luftverkehrswirtschaft wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, Kurzstreckenflüge flächendeckend einzustellen. Regulierungen sind deshalb unverzichtbar, denn der Klimawandel wartet nicht auf späte Einsichten. Frankreich hat es vorgemacht und zumindest schon einmal Flüge zu

Städten verboten, die in 2,5 Stunden mit der Bahn erreicht werden können. Der französische Bürgerkonvent für das Klima und Umweltschützerinnen und Umweltschützer hatten 4 Stunden gefordert, die politische Entscheidung ist ein Anfang. Da sich die Luftverkehrswirtschaft beim freiwilligen Verzicht auf Kurzstreckenflüge mehr als schwer tut, aber die Klimafrage entschlossenes Handeln dringend benötigt, fordern wir:



Wann lernt man aus dem wiederkehrenden Chaos?

Es gibt oft mehrere zeitgleiche Baustellen in unserer Stadt, die Verkehrsprobleme verursachen, weil sie offenbar nicht koordiniert werden. Diesmal war die Langgasse betroffen. Hier wurde die Straßenoberfläche saniert. Durch mangelhafte Ausführung des Unterbaus waren hier Bodenwellen entstanden, die geebnet wurden. Lose Pflastersteine wurden befestigt. Eine Maßnahme, die man auch später hätte durchführen können, denn zeitgleich war wegen eines Rohrbruchs der Kreis in der Gerauer Straße halbseitig gesperrt. So konnte die einzige Ausweichstrecke über den Gärtnerweg nur eingeschränkt genutzt werden. Ergebnis: Ein mittleres Chaos. Es standen oft Fahrzeuge vor der Straßensperrung vor der Baustelle, mussten dann wenden. Das ist bei den hinten anstehenden nächsten Fahrzeugen nicht so einfach. Es blieb nur der Ausweg, über das enge Pfarrgässchen oder die Grabenstraße die Baustelle zu umfahren, was in der Altstadt schnell zur Verstopfung führte.

Wir fragen uns: Warum hat man die Baustelle in der Langgasse nicht bis zum Abschluss der Arbeiten in der Gerauer

Straße „vertagt“? Denn so schlimm waren die Schäden ja nicht, dass man sie unbedingt sofort beheben mußte. Und warum hat man die Einwohner nicht in einer angemessenen Zeit vor dieser Maßnahme mit Informationstafeln, Wurfzetteln und Zeitungsberichten informiert? Genauso wichtig wären klare Hinweisschilder im weiteren Umfeld der Baustelle gewesen, wenn man schon zeitgleiche Baustellen in Kauf nehmen

wollte oder mußte. Außerdem wären gut durchdachte und ausgeschilderte Umleitungen sinnvoll gewesen.

Das Verwunderliche ist, dass in der letzten Fachausschusssitzung dieses Thema von unserer Fraktion in einem anderen Fall angesprochen und Kritik geübt wurde. Die Zuständigen hatten Besserung zugesagt. Aber im Fall der Langgasse hat man wohl nicht mehr daran gedacht.



Kein Durchkommen in der Langgasse. Ausweichen auf den Gärtnerweg? Äätsch - dort ist auch eine Baustelle.

Ein Bankautomat für die Walldorfer Altstadt



DKP/LL-Stadtverordnete Fiona Beyermann beim Sammeln von Unterschriften auf dem Weinfest der Rot-Weiß. Auf dem Schild des Genossen neben ihr steht: „Ein Bankautomat für die Altstadt, hier unterschreiben“

Bislang 600 Unterschriften erbrachte die spontane Unterschriftensammlung der Anwohner der Walldorfer Altstadt für einen Bankautomaten in ihrem Viertel. Die Kreissparkasse hatte ihre Filiale in der Langstraße 61 geschlossen. Über ein nicht ganz durchsichtiges Immobiliengeschäft fiel das Gebäude samt Grundstück an einen dem Vernehmen nach in Rüsselsheim ansässigen Investor. Der wiederum möchte es der Stadt Mörfelden-Walldorf zum Zweck der Einrichtung eines Kindergartens vermieten - warum eigentlich wurde es nicht der Stadt direkt angeboten? Es wurde nicht daran gedacht, für die Anwohner wenigstens einen Bankautomaten in dem Gebäude (oder in der Nähe) einzurichten. Die Bank verweist kalt auf ihre 1.45 km entfernte liegende Hauptfiliale in der Aschaffener Straße. Das läßt sich nicht ganz mit ihrer Satzung als kreiseigene Einrichtung in

Übereinstimmung bringen, in der festgeschrieben ist, dass die Kreissparkasse für die Interessen der „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ gegründet wurde, und „kommunale Belange fördern“ soll. In einem Brief an den Käufer des Anwesens schlugen die Einwohner vor, bei der neuen Nutzung des Gebäudes an einen Bankautomaten zu denken. Dem Argument, dass das eine große Gefahr bedeute, weil solche Automaten oft gesprengt würden, hielten die Einwohner statistische Daten entgegen. Es gibt die Technik, die Geldscheine im Falle einer gewaltsamen Öffnung mit Farbe zu markieren. Seit ihrer Einführung ist die „Automatensprengerei“ im Nachbarland Niederlande auf Null zurückgegangen. Das wird auch bei uns so sein. Der Brief wurde der Stadt zur Weiterleitung überreicht, weil sie den Investor nach wie vor geheimhält. Die Unterschriftensammlung geht weiter.

Stadtgeschichten



Unser Foto zeigt eine Mauer in der Heinrichstraße in Mörfelden. Geflüchtete Chilenen bedanken sich mit einem großen „Mural“ für die ihnen erwiesene Solidarität. Vor 50 Jahren, am 11. September 1973, hatten konservative Kräfte mit Billigung und Unterstützung der USA einen Militärputsch zum Sturz der gewählten Regierung begonnen. Um 11.00 Uhr Ortszeit wurde über den chilenischen Sender „Radio Magallanes“ die letzte Rede des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende ausgestrahlt. Während der Präsidentenpalast schon bombardiert und beschossen wurde, was im Hintergrund der Rede deutlich zu hören war, verabschiedete sich der Präsident von seinem Volk mit den Worten: „Es ist sicherlich das letzte Mal, dass ich mich an euch wende. Die Luftstreitkräfte haben die Sendeanlagen von Radio Portales und Radio Corporacion bombardiert. Meine Worte sind nicht von Bitternis geprägt, sondern von Enttäuschung. Sie sind auch die moralische Züchtigung derjenigen, die den Eid, den sie geleistet haben, gebrochen haben: Soldaten Chiles, amtierende Oberbefehlshaber und Admiral Merino, der sich selbst ernannt hat, der verachtungswürdige General Mendoza, der noch gestern der Regierung seine Treue und Loyalität bezeugte und sich ebenfalls selbst zum Generaldirektor der Carabineros ernannt hat. Angesichts solcher Tatsachen kann ich den Werktätigen nur eines sagen: Ich werde nicht zurücktreten. In eine historische Situation gestellt, werde ich meine Loyalität gegenüber dem Volk mit meinem Leben bezahlen.“ Der Putsch kostete mindestens 5.000 Chilen:innen das Leben (andere Schätzungen kommen auf 30.000), Zehntausende flohen ins Ausland. Die damalige Bundesrepublik nahm 4.000 Flüchtlinge auf, die DDR 2.000. Auch in Mörfelden gab es eine große Solidarität mit dem demokratischen Chile. Geflüchtete wurden aufgenommen und unterstützt. Ihren Dank drückten sie durch das „Mural“ in der Heinrichstraße aus. Diese Kunst der Wandmalerei hatte im damaligen Chile mit seiner hohen Analphabetenrate eine große Bedeutung. Die „Unidad Popular“ nutzte diese Kunstform für ihre politische Aufklärungsarbeit. In diesem Bündnis waren die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und andere linke Parteien und Gruppen zusammengeschlossen, die für ein demokratisches Chile eintraten.



Der Kulturbahnhof wird 20 Jahre alt

Vernissage zum KuBa-Jubiläum
Am 10. September ab 15:00 Uhr

Darauf stoßen wir im KuBa an. Kommt und seht euch gemeinsam mit uns die Geschichte des KuBas in Form einer Ausstellung an.



Unser Lexikon

Schbrisch
Der is so derr, der
sieht aus wie de
Kassier vun
de Sterwekass.



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



[Instagram.com/dkpmoewa](https://instagram.com/dkpmoewa)



facebook.com/DKPLinkeListe

Mehr Infos:

